



## Geschäftsführung Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün

Ansprechpartner/in: Frau Bültge

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge@stadt-koeln.de

Datum: 06.05.2009

### Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün** in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, dem 29.01.2009, 14:00 Uhr bis 17:00 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

#### Anwesend waren:

##### Vorsitzende/r

Herr Götz Bacher SPD bis 16:30 Uhr

##### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hans-Werner Bartsch	CDU	
Frau Ursula Gärtner	CDU	
Herr Walter Grau	CDU	ab 14:45 Uhr
Herr Dr. Michael Paul	CDU	
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Michael Paetzold	SPD	
Herr Gerhard Brust	Grüne	
Frau Dr. Sabine Müller	Grüne	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	

##### Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Heinz-Kurt Täubner pro Köln bis 15:35 Uhr

##### Ratsmitglieder

Herr Jörg Detjen Die Linke.Köln stellvertretend für Herrn Kühl

##### Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Egbert Bischoff	auf Vorschlag der CDU
Frau Barbara Albat	auf Vorschlag der SPD
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Frau Katrin Barion	auf Vorschlag der Grünen
Herr Ziya Cicek	auf Vorschlag der FDP

##### Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Dr. Peter Krebs  
Herr Sabri Surat  
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

AVRASYA

## **Verwaltung**

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst  
Herr Dr. Ernst Drösemeier  
Herr Michael Eppenich  
Herr Dr. Jan Leidel  
Herr Stephan Neuhoff  
Herr Christian Rahmfeld

## **Schriftführer/in**

Frau Barbara Bültge  
Frau Evelyne Fuchsberger-Meyer

## **Presse**

### **Zuschauer**

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün und des Betriebsausschusses der Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln.

Beigeordnete Frau Bredehorst merkt an, dass die erweiterten Tagesordnungen des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün und des Betriebsausschusses vorliegen und die Erweiterungen an dem Rahmen, der um diese gezogen ist, zu erkennen sind.

Folgende Unterlagen lägen zur Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün als Tischvorlagen vor, alle anderen seien zugestellt worden:

- 1.3. Abschluss eines 1-Jahresliefervertrages für Medikamente aus dem Bereich des Rettungsdienstes
- 2.1.1. Störfall bei LyondellBasell im Werk Wesseling und bei INEOS in Köln-Worringen  
Beantwortung der Anfrage zu TOP 2.1
- 5.3. Rechenschaftsbericht des Ordnungsdienstes der Stadt Köln für das Jahr 2007
- 7.1. Vorübergehende Stationierung des Rettungshubschraubers Christoph 3 am Flughafen Köln/Bonn
- 19.6. Neubau eines Schauhauses in der Flora
- 19.7. Schweinepestausbuch der Wildschweine in Rösrath und die Auswirkungen für die Stadt Köln

TOP 17.1 "Entwicklungskonzept Porz-Mitte" werde von der Verwaltung aus folgendem Grund zurückgezogen:

Am 27.02. finde eine Bürgerversammlung in Porz statt. Anschließend sei eine Frist von 2 Wochen für schriftliche Stellungnahmen vorgesehen. Danach arbeite die Verwaltung den Vorgang nochmal auf. Nachfolgend sei eine Sitzung der BV Porz vorgesehen. Die von der BV Porz hierzu bereits terminierte Sitzung am 03.03.2009 sei jedoch nicht zu halten, auch eine Behandlung in der regulären Sitzung am 17.03.2009 erscheine unwahrscheinlich.

Für die Ausschüsse, also auch den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün, bedeute dies eine Beratung der Beschlussvorlage im April.

Zu TOP 17.2 "Standortuntersuchung Deutzer Hafen" werde ab etwa 15 Uhr Herr Wevering vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik als Vertreter der Verwaltung anwesend sein, um Fragen zu beantworten.

Folgende Informationen seien der Verwaltung zu dieser Vorlage wichtig:

Mit Herrn OB Schramma sei als Termin für die 2-tägige Planungswerkstatt der 27. und 28. April 2009 bereits abgestimmt worden, damit die vorbereitenden Arbeiten bereits beginnen können. Die Ratsmitglieder erhielten hierzu eine Einladung.

Es sei deshalb sehr wichtig, dass der Umweltausschuss die Vorlage heute abschließend berate, damit der Rat am 26.03.2009 wie geplant die Vorlage beschließen könne.

Zu 19.1 "Strunder Bach" sei Frau Bell von den StEB stellvertretend für Herrn Werker anwesend.

Im Betriebsausschuss des AWB bittet Frau Bredehorst um Aufnahme der Punkte 5.2 und 5.3 auf die Tagesordnung. Die Mitteilung zu TOP 5.2 sei zugestellt worden. Die Vorlage zu 5.3 liege als Tischvorlage vor.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher ergänzt die TO noch um den Punkt 0 – Verpflichtung einer sachkundigen Einwohnerin, da Frau Albat vom Rat zur sachkundigen Einwohnerin ernannt wurde und heute zum ersten Mal anwesend sei.

RM Herr Dr. Paul bittet zu TOP 5.2 im Betriebsausschuss - Eigenentsorgung auf Kölner Wochenmärkten -, diese Mitteilung auch in der nächsten Sitzung zu behandeln, da sie relativ kurzfristig der CDU-Fraktion zugegangen sei.

RM Frau Dr. Müller entschuldigt den sachkundigen Einwohner Herrn Bilke, der sich zurzeit in der Sürther Aue aufhalte, da heute die Bagger zur Rodung anrollen. Seine Anwesenheit dort sei ihm sehr wichtig.

Ausschussvorsitzender Herr Bacher gibt bekannt, dass Herr Bischoff ihn informiert habe, seinen in der letzten Sitzung angekündigten Rücktritt als sachkundiger Einwohner nicht vollziehen werde.

Des Weiteren entschuldigt der Ausschussvorsitzende Herrn Grau, der sich aufgrund einer anderen Sitzung etwas verspäten werde.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün ist mit den Änderungen einverstanden.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **0. Verpflichtung einer sachkundigen Einwohnerin**

#### **I. - Gleichstellungsrelevante Themen**

#### **A - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Gesundheit**

### **1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

- 1.1 Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün am 06.11.2008  
hier: TOP 6.3 Anfrage RM Frau Gärtner  
Technische Ausstattung der Freiwilligen Feuerwehr  
5423/2008
- 1.2 Kopfläuse in Kindergärten  
hier: Anfrage von Frau Gärtner in der Sitzung am 06.11.2008  
5362/2008
- 1.3 Abschluss eines 1-Jahresliefervertrages für Medikamente aus dem Bereich des Rettungsdienstes  
0311/2009

### **2 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 2.1. Störfall bei LyondellBasell im Werk Wesseling und bei INEOS in Köln-Worringen  
AN/0065/2009

- 2.1.1 Störfall bei LyondellBasell im Werk Wesseling und bei INEOS in Köln-Worringen  
Anfrage AN/0065/2009 für den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün  
0317/2009

### **3 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

### **4 Beschlussvorlagen**

- 4.1 Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus  
Konzept zur Umsetzung des Zehn-Punkte-Aktionsplanes zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa  
3984/2008
- 4.2 Zuschuss für den Verein "LebensWert e. V." (Verein zur Unterstützung krebserkrankter Menschen)  
0070/2009

### **5 Mitteilungen**

- 5.1 Umgang mit aufgefundenen Tierkadavern  
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 03.03.2008, TOP 3.2  
5157/2008
- 5.2 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gem. § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen - Berichtszeitraum bis 30.06.2008  
5875/2009
- 5.3 Rechenschaftsbericht des Ordnungsdienstes der Stadt Köln für das Jahr 2007  
4862/2008

### **6 Mündliche Anfragen**

- 6.1 Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamtes

6.2 Kinderärztliche Versorgung in Chorweiler

6.3 Demonstrationsecke auf dem Roncalliplatz

## **B - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Umwelt und Grün**

### **13 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

13.1 Geplanter Bau einer Biogasanlage in Köln-Immendorf  
Beantwortung einer Anfrage von RM Herrn Waschek aus dem Stadtentwicklungsausschuss  
5320/2008

### **14 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

14.1. Namenlose Bestattungen  
Anfrage der SPD-Fraktion vom 20.01.2009  
AN/0138/2009

### **15 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

### **16 Beschlussvorlagen**

16.1 Bedarfsfeststellung - Kauf von handgeführten Maschinen für alle Betriebsbereiche des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen  
5579/2008

16.2 Sanierung der Groov-Teiche in Köln-Porz-Zündorf  
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes  
5128/2008

- 16.3 Abfallbehälter und Bänke für Grünflächen  
hier: Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Rahmen  
des Bürgerhaushalts  
5198/2008
- 16.4 Gestaltungsplanung Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Melaten  
0082/2009

## **17 Mitberatung von Planungsvorlagen**

- 17.1 Entwicklungskonzept Porz-Mitte  
3629/2008
- 17.2 Rechtsrheinisches Entwicklungskonzept, Teilraum Süd  
Standortuntersuchung Deutzer Hafen  
5589/2008
- 17.3 Städtebaulicher Masterplan für die Kölner Innenstadt  
5681/2008

## **18 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**

## **19 Mitteilungen**

- 19.1 Strunderbach: Umsetzung von zwei Entwicklungsmaßnahmen aus dem  
Konzept zur naturnahen Entwicklung von Fließgewässern (KNEF)  
1. naturnahe Umgestaltung des Verzweigungsbauwerks "Im Grundloch"  
2. ökologische Verbesserung der Uferbereiche am Krankenhaus Holweide  
5350/2008
- 19.2 Regionale 2010 - RegioGrün-Korridor "Die Rheinischen Gärten"  
Projekt "Kiesabbau Meschenich - Keldenich"  
5406/2008
- 19.3 Stilllegungsmaßnahme der städtischen Altdeponie am Linder Mauspfad in  
Porz-Lind  
Hier: Baustellenverkehrsführung  
5213/2008
- 19.4 Statusbericht über die Umsetzung der Maßnahmen des Bürgerhaushaltes  
2008

5865/2009

19.5 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gem. § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen - Berichtszeitraum bis 30.06.2008  
0086/2009

19.6 Neubau eines Schauhauses in der Flora  
0031/2009

19.7 Schweinepestausbuch der Wildschweine in Rösrath und die Auswirkungen für die Stadt Köln  
0391/2009

## **20 Mündliche Anfragen**

20.1 Nachtflug im Jahr 2008  
Mündliche Anfrage von RM Herrn Dr. Paul

20.2 Inbetriebnahme des Brunnens im Klettenbergpark  
Mündliche Anfrage von RM Herrn Dr. Fladerer

20.3 Leuchtenkonzept für die Stadt Köln  
Mündliche Anfrage von RM Herrn Brust



## **I. Öffentlicher Teil**

### **0. Verpflichtung einer sachkundigen Einwohnerin**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Bacher verpflichtet Frau Barbara Albat zur sachkundigen Einwohnerin.

### **I. - Gleichstellungsrelevante Themen**

Keine

### **A - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Gesundheit**

#### **1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

##### **1.1 Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün am 06.11.2008 hier: TOP 6.3 Anfrage RM Frau Gärtner Technische Ausstattung der Freiwilligen Feuerwehr 5423/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

##### **1.2 Kopfläuse in Kindergärten hier: Anfrage von Frau Gärtner in der Sitzung am 06.11.2008 5362/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Frau Gärtner merkt zu der Stellungnahme der Verwaltung an, dass die Bitte an sie herangetragen wurde, mehr auf die Einrichtungen zuzugehen. Es gäbe Eltern, die die Problematik Kopfläuse nicht erkennen und nicht wahrhaben wollen. Der CDU-Fraktion sei es wichtig, dass bei Fortbildungsveranstaltungen, auch zu anderen Themen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der städtischen Kindertagesstätten, aber auch die der Freien Wohlfahrtspflege, über geeignete Vorgehensweisen informiert werden sollten. Sie bittet, die Mitteilung auch dem Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis zu geben, damit sich dieser ebenfalls mit der Thematik befasse.

Herr Dr. Leidel versichert, die Anregung, mehr zu informieren und auf die Einrichtungen zu zugehen, aufzugreifen. Er weist darauf hin, dass bei der nach dem Infektionsschutzgesetz verpflichtend vorgesehenen Unterrichtung aller Erzieherinnen und Erzieher in den Einrichtungen selbstverständlich das Problem der Kopfläuse einen großen Raum einnehme.

Die Möglichkeiten des Gesundheitsamtes seien jedoch verhältnismäßig sehr gering. Das einzige was man tun kann und muss, ist dafür zu sorgen, dass verlauste Kinder der Einrichtung fernbleiben, bis nach dem Urteil eines Arztes mit einer Weiterverbreitung nicht mehr zu rechnen ist.

**1.3 Abschluss eines 1-Jahresliefervertrages für Medikamente aus dem Bereich des Rettungsdienstes  
0311/2009**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**2 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**2.1 Störfall bei LyondellBasell im Werk Wesseling und bei INEOS in Köln-Worringen  
AN/0065/2009**

**2.1.1 Störfall bei LyondellBasell im Werk Wesseling und bei INEOS in Köln-Worringen  
Anfrage AN/0065/2009 für den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün  
0317/2009**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**3 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Keine

## 4 **Beschlussvorlagen**

### 4.1 **Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus Konzept zur Umsetzung des Zehn-Punkte-Aktionsplanes zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa 3984/2008**

RM Herr Paetzold begrüßt, dass der Punkt *Chancengleichheit beim Zugang zu Dienstleistungen des Gesundheitswesens* mit aufgegriffen wurde. Die SPD-Fraktion bittet die Verwaltung, insbesondere die ambulante, häusliche und stationäre Krankenpflege sowie die Pflege von Menschen in betreuten Wohn- und Pflegeeinrichtungen mit zu berücksichtigen. Sie würde es begrüßen, wenn dies in der jährlichen Berichterstattung mit einfließen könnte.

Frau Beigeordnete Bredehorst sichert dies zu. Die Thematik wird auch in das Integrationskonzept einfließen. Sie weist darüber hinaus darauf hin, dass der Integrationsrat

und der Ausschuss für Soziales und Senioren eine modifizierte Fassung des Beschlussentwurfes beschlossen habe.

Dem Ausschussvorsitzenden RM Herrn Bacher sei dies bekannt. Aber der Ausschuss müsste über den vorliegenden Beschlussentwurf abstimmen, da die andere Variante den Mitgliedern nicht vorläge. Im Rat werde dann der Beschlussentwurf des Integrationsrates zur Abstimmung gebracht werden. Die Ausschussmitglieder sind mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

#### **Beschluss:**

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung im Rahmen der vorhandenen Haushaltsressourcen mit der Umsetzung des als Anlage 1 beigefügten Konzeptes zur Umsetzung des „Zehn-Punkte-Aktionsplanes zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa“ in Köln.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, das Konzept dem Lenkungsausschuss des „Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus e.V.“ vorzulegen.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, dem Rat alle zwei Jahre über die Umsetzung von Aktivitäten zur Bekämpfung von Rassismus in Köln im Sinne des Zehn-Punkte-Aktionsplanes zu berichten und den Bericht dem Lenkungsausschuss der Städte-Koalition vorzulegen.
4. Der Rat beschließt die Mitgliedschaft der Stadt Köln im Verein „Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus e.V.“ und beauftragt die Verwaltung, den Beitritt der Stadt Köln zum vorgenannten Verein in die Wege zu leiten. Der jährliche Mitgliedsbeitrag von 1.500 € wird aus veranschlagten Zuschussmitteln für Antirassismus-Training des Teilergebnisplans 0501, Soziale Hilfen, sichergestellt.

5. Der Rat bekundet seinen Willen, dass ein Einsatz von städtischen Beschäftigten in Projekten zur Prävention und Beseitigung von Rassismus und Diskriminierung gewünscht und entsprechend von den Fachdienststellen ermöglicht wird.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**4.2      Zuschuss für den Verein "LebensWert e. V." (Verein zur Unterstützung krebserkrankter Menschen)  
0070/2009**

SB Herr Dr. Albach würde gerne etwas über den Sachstand rechtsrheinische Anlaufstelle für Schwerstdrogenabhängige erfahren, da diese Haushaltsposition zur Deckung angeboten werde. Er möchte nicht, dass Mittel daraus als stille Reserve für andere notwendige und wichtige Bereiche genutzt werden.

Herr Dr. Leidel versichert, dass dies seitens der Verwaltung nicht geplant sei. Für die KAD II müssen noch einige Umbaumaßnahmen vorgenommen werden. Er sei zuversichtlich, dass in absehbarer Zeit mit dem Betrieb begonnen werden könne. Die jetzt angebotenen Mittel werden definitiv nicht dafür benötigt.

RM Herr Paetzold schätzt den Verein LebensWert sehr. Deshalb wäre die SPD-Fraktion auch gerne bereit, dem Beschlussvorschlag, mit Ausnahme des Teiles b), zu folgen. Es werde nicht für sinnvoll erachtet, bereits jetzt schon dem Haushalt 2010 vorzugreifen, da dies Sache des neu gewählten Rates sei.

Die Ratmitglieder Frau Dr. Müller und Herr Dr. Paul loben ebenfalls die Aktivitäten des Vereins und schließen sich dem Argument von Herrn Paetzold an.

Frau Beigeordnete Bredehorst stellt fest, dass die Formulierung unter b) offensichtlich missverständlich sei, so dass der Ausschuss keinen Beschluss fassen möchte.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher fasst zusammen, alle Ausschussmitglieder kennen und schätzen den Verein LebensWert und der neu gewählte Rat wird sich bemühen, die benötigten Mittel in den Haushalt 2010 und folgende einzustellen. Die Ausschussmitglieder seien sich jedoch einig, den Punkt b) heute nicht zu vollziehen, was nicht einer Ablehnung gleich käme.

Der Ausschussvorsitzende bringt die abgeänderte Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat, in Abänderung der Verwaltungsvorlage, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt zur Unterstützung des Vereins „LebensWert e. V.“ die Gewährung eines Zuschusses

a) in Höhe von 50.000 € für die Jahre 2008/2009

zu a)

Die erforderlichen Mittel sind bisher im Haushalt 2008/2009 nicht veranschlagt. Daher beschließt der Rat in Abänderung des Ratsbeschlusses vom 18.12.2008 eine Mittelverwendung in 2009 im Teilplan 0701 – Gesundheitsdienste – Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen – in Höhe von 50.000 € statt im Bereich Z Drogenhilfe Köln gGmbH für Kölner Anlaufstelle für schwerst Drogenabhängige (rrh) im Bereich Z für LebensWert e. V..

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **5 Mitteilungen**

### **5.1 Umgang mit aufgefundenen Tierkadavern hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 03.03.2008, TOP 3.2 5157/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Herr Dr. Paul weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion im vergangenen Jahr eine Anfrage zum Umgang mit Tierkadavern gestellt habe, aber noch keine Antwort von der Verwaltung erhalten habe. Die nun vorliegende Stellungnahme würde allerdings zur Anfrage passen.

Er findet es unerfreulich, dass die implantierten Chips beim Auffinden von Tierkadavern nicht gelesen werden. Für die Halter von Tieren sei dies keine gute Nachricht. Die CDU-Fraktion werde noch überlegen, wie mit diesem Thema zukünftig umzugehen sei.

Auch SE Frau Barion findet die Ausführungen in der Mitteilung für unbefriedigend und würde gerne wissen, wie die Debatte im Beschwerdeausschuss geführt wurde.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher stellt fest, dass diese Mitteilung nur deshalb in den hiesigen Ausschuss gelangte, weil der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden sich mit dieser Angelegenheit befasst hatte. Er hält es für schwierig, ohne den Verlauf der Diskussion zu kennen, sich mit der Problematik zu befassen. Von daher würde er es dem Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün überlassen, sich noch mal intensiver damit zu beschäftigen.

Frau Beigeordnete Bredehorst schlägt vor, die Unterlagen für diesen Tagesordnungspunkt zum Beschwerdeausschuss und das Protokoll in der nächsten Sitzung dieses Ausschusses vorzulegen.

Der Ausschuss ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

**5.2 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gem. § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen - Berichtszeitraum bis 30.06.2008  
5875/2009**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.3 Rechenschaftsbericht des Ordnungsdienstes der Stadt Köln für das Jahr 2007  
4862/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**6 Mündliche Anfragen**

**6.1 Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamtes**

RM Frau Gärtner weist auf die CDU-Anfrage im Rat am 13.11.2008 zum Sachstand der Stellenbesetzung im Bereich des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes hin. Zu diesem Zeitpunkt waren nicht alle Stellen besetzt. Wie ist der derzeitige Stand?

Nach Auskunft von Herrn Dr. Leidel konnte die Mehrzahl der vakanten Stellen zwischenzeitlich besetzt werden. Seines Wissens sind noch drei Stellen im ärztlichen Bereich unbesetzt. Bei einer Vakanz handelt es sich um die vom Rat befristet eingerichtete Stelle Kinder- und Jugendpsychiater bzw. – psychiaterin. Hier wird das Gesundheitsamt möglicherweise bei der Suche nach geeigneten Personen scheitern. Es gäbe jedoch ein Angebot der beiden Kinder- und Jugendpsychiatrischen Kliniken in Köln, dem Gesundheitsamt eine Weiterbildungs-assistentin oder einen Weiterbildungsassistenten im Rahmen einer Abordnung gegen Kostenerstattung zur Verfügung zu stellen.

Bei der Clearingstelle „Gesunde Zukunft für Kinder in Köln“ sei noch eine Arztstelle unbesetzt. Dies beeinträchtigt die Arbeit dieser Stelle derzeit jedoch nicht, da sich die Anlaufstelle noch im Aufbau befinde. Die andere Arztstelle konnte mit zwei Halbtagskräften sehr kompetent besetzt werden.

Die dritte Stelle, die noch zur Besetzung anstehe, sei im regelhaften Kinder- und Jugendgesundheitsdienst.

RM Frau Gärtner erläutert, die Verwaltung habe in der Beantwortung der Ratsanfrage darauf hingewiesen, warum die Zusammenarbeit mit Externen aus rechtlichen Gründen teilweise schwierig sei. Daher habe sie die Bitte an die Verwaltung, folgende Fragen stichwortartig aufzulisten und dem Protokoll beizufügen:

1. Welche Aufgaben werden im Einzelnen wahrgenommen?
2. Welche sind davon hoheitlich?
3. Warum stellt sich die Zusammenarbeit mit Externen als schwierig dar?

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zu.

## **6.2 Kinderärztliche Versorgung in Chorweiler**

SE Frau Barion möchte wissen, ob der Verwaltung der neueste Sachstand bezüglich der niedergelassenen Kinderärzte in Chorweiler bekannt sei.

Herr Dr. Leidel weist darauf hin, dass Köln ein Arztbezirk ist und – gemessen an der Bedarfsanalyse der Kassenärztlichen Vereinigung - insgesamt zu mehr als 100 % mit niedergelassenen Ärzten, auch Kinderärzten, ausgestattet ist. Richtig sei, dass die Ärzte nicht gleichmäßig verteilt sind. In den sozioökonomisch besser gestellten Stadtbezirken ist die Ärztedichte größer. Seitens der Kassenärztlichen Vereinigung wird in diesem Zusammenhang ausgeführt, dass vielfach in angrenzenden Stadtbezirken entsprechende Ärzte zur Verfügung stehen, die gut erreichbar seien.

Die Verwaltung untersucht zurzeit, mit welchem Aufwand Fachärzte in der Umgebung zu erreichen sind; auch unter dem Aspekt der Barrierefreiheit. Hier gehe es aber nicht nur um Kinderärzte. Aus dem Bereich der Seniorenvertretung seien ähnliche Beobachtungen gemacht und dem Gesundheitsamt mitgeteilt worden. Das Gesundheitsamt wird versuchen, mit der Kassenärztlichen Vereinigung darüber zu verhandeln, inwieweit man Köln wieder in mehrere Bezirke aufteilen könnte. Eine andere Möglichkeit wäre, dass man den Praxissitz in einem sozial eher schwierigen Stadtbezirk als Praxisbesondertheit werten und mit einer entsprechenden Anpassung des Budgets darauf reagieren könnte. Die dritte Variante könnte sein, auch seitens der Stadtverwaltung zu überlegen, welche Anreize sie bieten kann, dass Ärzte bei frei werdenden Kassensitzen sich dort niederlassen, wo es für die Versorgung der Bevölkerung besonders wichtig sei.

Die Verwaltung wird in einer der nächsten Sitzungen über die Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung berichten.

SE Herr Dr. Krebs ergänzt, dass zu diesem Thema gegebenenfalls noch eine vierte Variante in Frage käme. Hierbei wäre es möglich, einen Kassensitz auch in einer Zweitpraxis zu etablieren. Das sind Überlegungen, die zurzeit in der Diskussion aber noch nicht spruchreif seien.

### **6.3 Demonstrationsecke auf dem Roncalliplatz**

SE Herr Dr. Krebs macht darauf aufmerksam, dass auf dem Roncalliplatz eine Demonstrationsecke mit drei Masten aufgebaut sei, an denen Foto mit der Überschrift „Das hässliche Israel“ angeheftet wären. Er fragt an, ob die Verwaltung nicht bei der Genehmigung solcher Standorte überprüfe, was dort präsentiert werde.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher weist darauf hin, dass diese Frage nicht direkt etwas mit dem Thema Gesundheit zu tun hätte, aber die Verwaltung bemüht sein werde, eine Antwort zu geben.

gez. Götz Bacher  
(Ausschussvorsitzender)

gez. Evelyne Fuchsberger-Meyer  
(Schriftführerin Ausschuss  
Umwelt, Gesundheit und Grün  
Teil Gesundheit)



**B - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Umwelt und Grün**

**13 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

**13.1 Geplanter Bau einer Biogasanlage in Köln-Immendorf  
Beantwortung einer Anfrage von RM Herrn Waschek aus dem Stadt-  
entwicklungsausschuss  
5320/2008**

RM Frau Dr. Müller weist auf eine Anfrage des SE Herrn Bilke hin, die ebenfalls Biogasanlagen betraf.

Sie bittet um baldige Stellungnahme hierzu.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**14 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**14.1 Namenlose Bestattungen  
Anfrage der SPD-Fraktion vom 20.01.2009  
AN/0138/2009**

Die Stellungnahme erfolgt in der nächsten Sitzung.

**15 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**Keine**

## 16 **Beschlussvorlagen**

### 16.1 **Bedarfsfeststellung - Kauf von handgeführten Maschinen für alle Betriebsbereiche des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen 5579/2008**

RM Herr Brust regt an, den Beschlusstext zu ändern und den Bedarf um die Laubblasgeräte auf den letzten drei Positionen zu reduzieren.

Die Verwaltung ist mit dem Vorschlag einverstanden.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher stellt den geänderten Beschlusstext zur Abstimmung.

#### **geänderter Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, wie folgt zu beschließen:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen stellt den Bedarf zum Kauf handgeführter Maschinen **mit Ausnahme der Laubblasgeräte auf den letzten drei Positionen** für alle Betriebsbereiche des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen fest.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### 16.2 **Sanierung der Groov-Teiche in Köln-Porz-Zündorf hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes 5128/2008**

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt eine erste Freigabe in Höhe von 26.000,- € aus den für Grünflächen, Themenkomplex Gewässer im Rahmen des ersten Kölner Bürgerhaushaltsverfahrens im Doppelhaushalt 2008/2009 zusätzlich veranschlagten und mit Sperrvermerk versehenen Aufwendungen (Finanzausschussbeschluss vom 09.06.2008) für die Sanierung von Gewässern im Erholungsgebiet Groov in Porz-Zündorf.

Die Finanzierung erfolgt aus konsumtiven Mitteln des Teilergebnisplans 1301, Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Hj. 2009.

Hierzu beschließt der Rat gleichzeitig die Übertragung der benötigten Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen in das Hj. 2009.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**16.3 Abfallbehälter und Bänke für Grünflächen  
hier: Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Rahmen des Bürgerhaushalts  
5198/2008**

Herr Eppenich bittet, auf Wunsch der Kämmerei in der letzten Zeile des Beschlussvorschlags hinter dem Passus "die Übertragung" die Ergänzung "**und Freigabe**" sowie den Betrag von **350.000,00 Euro** einzufügen. Ansonsten müsste noch ein zusätzliches Freigabeverfahren durchgeführt werden.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Der Ausschussvorsitzende stellt den so geänderten Beschlusstext zur Abstimmung:

**geänderter Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt eine Freigabe in Höhe von 100.000,- € (Hj. 2009) aus den für Grünflächen, Themenkomplex Sauberkeit im Rahmen des ersten Kölner Bürgerhaushaltsverfahrens im Doppelhaushalt 2008/2009 zusätzlich veranschlagten und mit Sperrvermerk versehenen Aufwendungen (Finanzausschussbeschluss vom 09.06.2008) für die Aufstellung zusätzlicher Abfallbehälter in Grünflächen.

Der Rat beschließt ferner eine Freigabe in Höhe von 200.000,- € (Hj. 2009) aus dem Themenkomplex Bänke.

Die Finanzierungen erfolgen aus investiven Mitteln des Teilfinanzplanes 1301, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Hj. 2009.

Hierzu beschließt der Rat gleichzeitig die Übertragung **und Freigabe** der benötigten investiven Auszahlungsermächtigung (**350.000,- €**) in das Hj. 2009.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

#### **16.4 Gestaltungsplanung Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Melaten 0082/2009**

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher schlägt vor, einen Verweisungsbeschluss in die Bezirksvertretung (BV) Lindenthal zu fassen und, angesichts der Bedeutung der Beschlussvorlage, um deren Rücklauf zu bitten.

RM Herr Detjen beantragt, sie in die BV Ehrenfeld zu verweisen, da die Nordspitze des Friedhofes Melaten im Bezirk Ehrenfeld liege. Außerdem regt er an, die Vorlage als Mitteilung in den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR) zu geben. Zudem fände er es sinnvoll, über die Vorlage vor Verweis in die Gremien inhaltlich zu diskutieren, sodass die Bezirksvertretungen über die Beratung im hiesigen Ausschuss informiert werden und die Verwaltung gegebenenfalls die Möglichkeit hat, die Vorlage nachzubessern.

RM Herr Bacher weist darauf hin, dass sich der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün innerhalb des letzten halben Jahres intensiv mit dem Thema "Kooperationsgrabfelder" befasst habe. Mit der Verweisung in die BV Ehrenfeld und - als Mitteilung - in den AVR erklärt er sich einverstanden, obwohl dieser lediglich den Beschluss gefasst habe, die Verträge zu sehen.

RM Herr Dr. Paul spricht sich namens der CDU-Fraktion gegen eine Verweisung der Vorlage, und sei es auch nur als Mitteilung, in den AVR aus, da dieser mit der Gestaltung des Gräberfeldes nichts zu tun habe. Der AVR bekomme auf eigenen Wunsch den Vertrag vorgelegt, so dass damit seinen Bedürfnissen Rechnung getragen sei. Einer Beteiligung der BV Ehrenfeld könne er zustimmen. Er betont, dass mit dieser Vorlage für die Hinterbliebenen ein Stück Wahlfreiheit mehr als bisher erreicht werde.

Herr Eppenich bittet, die BV Ehrenfeld lediglich im Wege einer Mitteilung zu beteiligen und ansonsten nur dann, wenn der Ehrenfelder Teil auch tatsächlich betroffen sei. Dies sei hier aber nicht der Fall.

RM Herr Brust bezeichnet die Vorlage als "schlampig" und bittet die Verwaltung, noch vor Verweisung in die BV Lindenthal folgende Fragen zu beantworten:

1. Mit welchem Text wurde ausgeschrieben?  
Ist es der Text, der dem Ausschuss mitgeteilt worden ist?  
Darüber müsste auch die BV informiert werden.
2. Von wann bis wann erfolgte diese Ausschreibung?
3. Wer hat sich daraufhin beworben?
4. Es wird ein Lageplan vermisst, woraus man ersehen kann, wo das Feld liegt und wie groß das Feld ist.

Er bittet die Verwaltung um entsprechende Nachbesserung der Vorlage.

Außerdem weist er auf die Kritik des Rheinischen Vereins für Denkmalschutz hin und bittet die Verwaltung um Stellungnahme zu dieser Kritik. Abschließend stellt er die Frage, ob es nicht sinnvoll sei, den Gestaltungsbeirat der Stadt Köln zu beteiligen.

RM Herr Bacher äußert sein Unverständnis, wenn versucht werde, diese sinnvolle Maßnahme zu verzögern. Er räumt ein, der Friedhof auf Melaten habe denkmalwürdige Bereiche. Ein Friedhof sei jedoch, auch wenn dort bestattet werde, ein lebendiger Ort, der sich permanent fortentwickle. Zudem handle es sich bei dem Gräberfeld um einen Teil des Friedhofes.

Insofern appelliere er an die Ausschussmitglieder, diese notwendige und bereits beschlossene Satzungsänderung zur Umsetzung zu bringen, die dazu diene, dem enormen Bestattungsrückgang in Köln entgegenzuwirken. Andernfalls sei die gesamte Bestattungskultur in Köln gefährdet.

RM Herr Grau erinnert an die umfangreichen Diskussionen in den politischen Gremien und betont ebenfalls, dass der Satzung zugestimmt worden sei. Jetzt gehe es um einen Nachtrag eines Konkurrenzmodells, wie eine Bietergemeinschaft ein bestimmtes Gräberfeld gestalten wolle. Er empfiehlt, jetzt nicht in die Details zu gehen, zumal auch andere Anbieter durchaus gefordert seien und das Ganze nur auf einen Friedhof begrenzt sei.

Nach einer weiteren kontroversen Diskussion, in der es um Stadtgestaltung und Planungsverfahren geht, stellt der Ausschussvorsitzende zunächst die Verweisung der Vorlage **als Mitteilung in den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen** zur Abstimmung:

- Der Ausschussvorsitzende stellt zunächst die Verweisung der Vorlage **als Mitteilung in den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen** zur Abstimmung:

**geänderter Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün verweist die Vorlage **als Mitteilung in den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen**.

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich zugestimmt** mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion.

- Anschließend lässt Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher über den Verweis der Vorlage **als Mitteilung in die Bezirksvertretung Ehrenfeld** abstimmen:

**geänderter Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün verweist die Vorlage **als Mitteilung in die Bezirksvertretung Ehrenfeld**.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

- Abschließend stellt der Ausschussvorsitzende die Verweisung der Vorlage in die Bezirksvertretung Lindenthal mit Rücklauf zur Abstimmung:

**Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün verweist die Vorlage zunächst in die Bezirksvertretung Lindenthal und bittet um deren anschließende Wiedervorlage

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**17 Mitberatung von Planungsvorlagen**

**17.1 Entwicklungskonzept Porz-Mitte  
3629/2008**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung von der Verwaltung zurückgezogen**

**17.2 Rechtsrheinisches Entwicklungskonzept, Teilraum Süd  
Standortuntersuchung Deutzer Hafen  
5589/2008**

RM Frau Dr. Müller bewertet die Vorlage positiv, da diese entgegen sonstiger Gepflogenheiten auch kontroverse Konflikte deutlich darstelle. Der Beschlussvorschlag sei aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unstrittig, da man sich noch nicht festlegen müsse. Einzig der Hochwasserschutz sei ein "Knackpunkt". Daher möchte sie sichergestellt wissen, dass in der Planwerkstatt auch die entsprechenden Experten anwesend sind, die sich mit den rechtlichen Gegebenheiten auseinandersetzen. Dies stelle für sie das Hauptargument dar, welches für oder gegen eine Umnutzung spreche.

Bemerkenswert finde sie auch die Anmerkung im Resümee (*S. 40 der Standortuntersuchung*), es habe bereits einen Präzedenzfall in Bonn gegeben, wo die Neunutzung einer Gewerbebrache im Überschwemmungsgebiet vom Land untersagt worden sei. Sie persönlich bewerte daher eine Umnutzung nach der derzeitigen Rechtslage als nicht sehr aussichtsreich.

RM Herr Detjen stimmt Frau Dr. Müller zu und erinnert an die Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss zur Bebauung Mülheim – Nord, als es um den Bau eines Hauses ging, das in den Rhein hinein ragen sollte. Inzwischen sei die Rechtslage im Hochwasserschutz eindeutig. Er regt an, sich im Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün intensiv mit dem Thema "Hochwasserschutz" auseinanderzusetzen.

RM Herr Bacher beurteilt die Vorlage ebenfalls positiv, allerdings fehlten unter Umweltgesichtspunkten die Erfordernisse der Luftreinhaltung. Dies könne aber sicher im Rahmen der Planungswerkstatt aufgegriffen werden, ebenso wie die Thematik "Lärm".

SB Herr Dr. Albach befürwortet in der Planungswerkstatt eher eine Diskussion, die hinsichtlich Stadtgestaltung auf ein gewisses Ziel gerichtet sei und nicht, wie es jetzt bereits den Anschein habe, kleinräumig und immer wieder auf Umweltthemen, z. B. Luft und Lärm, bezogen.

Da Köln stetig wachse, steige auch sein Bedarf an Wohnraum. Er stelle jedoch in den Diskussionen um Wohngebiete häufig fest, dass keine Abwägung zwischen den verschiedenen Umweltgesichtspunkten getroffen werde, ob es sich nun um Hochwasserschutz im Deutzer Hafen oder die Frischluftschneise im Kölner Westen handle. In allen Fällen habe man immer wieder Probleme, aufgrund der verschiedenen Umwelteinwirkungen weitere Wohnbebauung zuzulassen. Dadurch rücke in diesem Fall der Hochwasserschutz absolut in den Vordergrund und man sei nicht in der Lage, im Rahmen dessen, was in Köln an Neubebauung beabsichtigt sei, abzuwägen zwischen Frischluft in Sürth, Auenlandschaften im rechtsrheinischen Köln oder Lärm im Kölner Norden.

Seiner Ansicht nach müsse genau überlegt werden, ob es tatsächlich keine ernst zu nehmenden umweltpolitischen Alternativen gibt und wo noch 2.000 Wohneinheiten gebaut werden können. Daher sei es Aufgabe der Planungswerkstatt, einen Weg zu zeigen, wie man das Ziel, ein neues Stadtviertel in Köln zu entwickeln, erreichen könne.

Auf Bitte von RM Frau Dr. Müller erläutert Herr Wevering, inwieweit – im Hinblick auf die Rechtslage zum Hochwasserschutz – ein Zusammenhang besteht zwischen der Vorlage zum rechtsrheinischen Entwicklungskonzept Nord und dieser Vorlage zum Teilraum Süd, Deutzer Hafen.

Prinzipiell werde die aktuelle Vorlage von der Verwaltung auf die gleiche Weise abgehandelt, wie die damalige. Nur sei der Diskussionsgegenstand mit 20 ha Gewerbe- und Industriefläche um das Deutzer Hafenbecken ein anderer, als die zwei relativ überschaubaren Flächen im Mülheimer Süden.

Dort habe die Verwaltung mit dem rechtsrheinischen Entwicklungskonzept dem Rat vorgeschlagen, sich beim Land dafür einzusetzen, kleinräumig Veränderungen an den gesetzlichen Überschwemmungsgebieten zu erreichen. Die Gebiete würden seit 150 Jahren als Industrieflächen genutzt und genossen Bestandsschutz. Dies sei ein Unterschied zu der Fläche in Bonn, da dort die Flächen erst abgeräumt worden seien und dann versucht worden sei, über ein Bebauungsplanverfahren eine neue Nutzung zu ermöglichen.

Grundsätzlich jedoch stelle sich die Diskussion über vorbeugenden Hochwasserschutz überall am Rhein dort, wo Veränderungen geplant seien, die sich in dem durch Verordnung der Bezirksregierung abgebildeten Überschwemmungsgebiet des Rheins befinden.

## **Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat nimmt die Standortuntersuchung zum Deutzer Hafen zur Kenntnis.
2. Zur weitergehenden Klärung und Darstellung die aktuelle Hafen- und Logistikanutzung ergänzender Standortalternativen insbesondere in Richtung Wohnen/Dienstleistungen/Kreativnutzung/Gastronomie wird die Verwaltung beauftragt, bis Mai 2009 eine Planungswerkstatt mit Zuladung ausgewiesener Experten aus den Bereichen Bürostandortentwicklung, Wohnungswirtschaft, Kreativwirtschaft, Stadtentwicklung/Städtebau, Logistik, Binnenschiffahrt/Hafenwirtschaft und Wasserwirtschaft durchzuführen.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für die Durchführung der vorgenannten Planungswerkstatt zu schaffen.

## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **17.3 Städtebaulicher Masterplan für die Kölner Innenstadt 5681/2008**

RM Frau Dr. Müller hebt positiv hervor, dass der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün noch in die Beratungsfolge der Beschlussvorlage mit aufgenommen wurde. Bei vielen Vorlagen, die den Masterplan Innenstadt betreffen, sei umweltpolitischer Sachverstand gefragt.

Aufgrund der Bedeutsamkeit der Bereiche "Umwelt" oder "Grünflächen" in der Innenstadt müsse auf die Pflege und Aufwertung von Grünflächen besonderes Augenmerk gelegt werden. Wenn es um Bebauung oder Arrondierung von Flächen gehe, müsse darauf geachtet werden, dass die Bilanz insgesamt stimme.

In diesem Zusammenhang spricht sie einen Kritikpunkt aus dem letzten Innenstadtforum an, der zwar nicht Gegenstand dieser Beschlussvorlage, für die weitere Beratung aber sinnvoll sei. Es sei beabsichtigt, Flächen von etwas mehr als 100 ha über alle denkbaren Zeiträume – von kurz- über mittel- bis hin zu langfristig und perspektivisch – zu bebauen. Eine Entsiegelung von Flächen bzw. Rückgabe von Grünflächen, hauptsächlich im südlichen Innenstadtbereich zur Vervollständigung des Inneren Grüngürtels, solle jedoch erst nach 15 Jahren vorgenommen werden. Frau Dr. Müller betont, es müsse darauf geachtet werden, dass auch ein kurz- bzw. mittelfristiger Ausgleich vorgelegt werde.

Hinsichtlich der Beschlussvorlage sei es der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wichtig, sicherzustellen, dass in der Lenkungsgruppe auch Personen mitarbeiteten, die umweltpolitischen oder landschaftsgärtnerischen Sachverstand besitzen.



RM Herr Dr. Paul begrüßt, dass der Prozess zur Realisierung des Masterplans angestoßen ist. Die von Frau Dr. Müller angesprochenen Aspekte beschäftigten auch die CDU-Fraktion.

Die Umsetzung des Masterplans sei keine reine städtebauliche Sache, sondern auch eine Umweltangelegenheit. Gerade die Fortsetzung des Inneren Grüngürtels im Süden über das ehemalige Großmarktgelände hinweg bis zum Rhein verändere die Umweltsituation im innerstädtischen bebauten Bereich deutlich. Daher gehöre umweltpolitischer Sachverstand zur Umsetzung des Masterplans, insbesondere wenn es um Überlegungen gehe, wie sichergestellt werden könne, dass die Umweltbelange berücksichtigt werden.

Außerdem könne und dürfe es nicht sein, dass erst im Jahr 2025 der Ausgleich für in Anspruch genommene Flächen des Jahres 2010 / 2011 erfolge.

RM Herr Bacher betrachtet es als notwendig, grundsätzliche Aussagen zum Masterplan in Zukunft deutlicher zu machen. Außerdem sei es wichtig und richtig, den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün schon am Anfang der Beratungen mit einzubeziehen, da der Masterplan wesentliche Aussagen zum Kölner Grün mache. Ein Beispiel dafür sei die bereits von Frau Dr. Müller und Herrn Dr. Paul angesprochene Fortführung des Inneren Grüngürtels bis zum Rhein. Eine weitere wichtige Angelegenheit, die in fraktionsinternen Gesprächen diskutiert werden müsse, sei die Zusammensetzung der Lenkungsgruppe. Hier müsse noch an dem Vorschlag der Verwaltung gearbeitet werden, um der Bedeutung des Kölner Grüns gerecht zu werden. Er kündigt für die SPD-Fraktion die Zustimmung zur Beschlussvorlage im heutigen Ausschuss an und lässt darüber abstimmen:

### **Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1.

Der Rat nimmt den vom Verein Unternehmer für die Region Köln e. V. am 27.11.2008 an den Oberbürgermeister der Stadt Köln übergebenen städtebaulichen Masterplan für die Kölner Innenstadt gemäß Absichtserklärung vom 30.08.2007 an und beschließt den städtebaulichen Masterplan Innenstadt als grundsätzliche Handlungsempfehlung und strategische Zielausrichtung für die zukünftige Einwicklung der Innenstadt.

2.

Der Rat beschließt zur Begleitung der Umsetzung des Planwerks ein Beratungsgremium einzusetzen (siehe Anlage) und die Transparenz des bisherigen Prozesses in geeigneter Form fortzuführen.

3.

Über die Realisierung einzelner Maßnahmen aus dem Städtebaulichen Masterplan Innenstadt sind Einzelentscheidungen zu treffen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**18 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**

Keine

**19 Mitteilungen**

- 19.1 Strunderbach: Umsetzung von zwei Entwicklungsmaßnahmen aus dem Konzept zur naturnahen Entwicklung von Fließgewässern (KNEF)**  
**1. naturnahe Umgestaltung des Verzweigungsbauwerks "Im Grundloch"**  
**2. ökologische Verbesserung der Uferbereiche am Krankenhaus Holweide**  
**5350/2008**

SB Herr Dr. Albach fragt, wie stark Privatgrundstücke von den Maßnahmen betroffen seien und inwieweit sie an den Kosten nach dem Wasserhaushaltsgesetz beteiligt werden.

RM Herr Bacher bittet Frau Bell von den Stadtentwässerungsbetrieben (StEB) um Beantwortung und fragt ergänzend, ob er anhand der Fotos richtig vermute, dass dort widerrechtlicher Uferverbau von Anliegern vorgenommen worden sei.

Frau Bell antwortet, die Anwohner seien im Vorfeld beteiligt worden. Bei einem gemeinsamen Termin sei man übereingekommen, die Wellblech- und Teerpappenbefestigungen – sofern erforderlich – durch ingenieurbioologischen Verbau, wie z. B. Kokos- oder Weidematten, zu ersetzen. Derzeit sei nicht vorgesehen, die Anwohner finanziell zu beteiligen, zumal die StEB bei der Bezirksregierung 80 % Fördermittel über das Aktionsprogramm zur Renaturierung von Fließgewässern erhalte.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung und die mündlichen Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

- 19.2 Regionale 2010 - RegioGrün-Korridor "Die Rheinischen Gärten"**  
**Projekt "Kiesabbau Meschenich - Keldenich"**  
**5406/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**19.3 Stilllegungsmaßnahme der städtischen Altdeponie am Linder Maus-  
pfad in Porz-Lind  
Hier: Baustellenverkehrsführung  
5213/2008**

RM Herr Grau bittet, die Mitteilung auch der Bezirksvertretung Porz zur Kenntnis zu geben.

Der Ausschussvorsitzende schließt sich namens des Ausschusses dieser Bitte an.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**19.4 Statusbericht über die Umsetzung der Maßnahmen des Bürgerhaus-  
haltes 2008  
5865/2009**

RM Herr Dr. Fladerer weist darauf hin, dass auf Initiative der Bezirksvertretung Lindenthal für die Neugestaltung des Kleinkinderspielplatzteils ein Sponsor gefunden worden sei. Dieser habe im Jahr 2008 für 70.000 € Spielgeräte zur Verfügung gestellt.

Er vermute, dass sich der Umsetzungsstand im Statusbericht auf diese Umgestaltung beziehe. Die im Bürgerhaushalt angesprochene Gestaltungsmaßnahme beziehe sich aber auf den gesamten Honnefer Platz inklusive der Bolzplatzfläche. Hierfür seien die entsprechenden Mittel im Haushalt eingestellt worden, die noch nicht abgerufen worden seien. Er hoffe daher, der Umsetzungsstand sei nicht als abschließende Stellungnahme zu verstehen.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher bittet die Verwaltung um Klärung.

RM Frau Dr. Müller lobt die Verwaltung für die gut lesbare Mitteilung und fragt, in welchem Zeitabstand der Ausschuss über den weiteren Umsetzungsstand informiert werde.

Die Verwaltung erklärt, dass dies alle halbe Jahre erfolge.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt dies und die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**19.5 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gem. § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen - Berichtszeitraum bis 30.06.2008  
0086/2009**

RM Herr Brust fragt zum Halbjahresbericht generell, weshalb der Sachstand 30.06.2008 erst so spät mitgeteilt werde.

Frau Bredehorst erläutert das Verfahren, das sich von dem des Bürgerhaushaltes unterscheidet, da der Oberbürgermeister diesen Halbjahresbericht koordiniert und herausgibt. Am Ende eines jeden halben Jahres müssen alle Dezernate ihre jeweiligen Berichte beim Amt des Oberbürgermeisters abgegeben haben. Diese einzelnen Berichte erhalten sie wiederum von ihren Ämtern. Erst wenn alle Berichte beim Amt des Oberbürgermeisters eingegangen sind, werden sie zusammengefasst und freigegeben. Die zeitlichen Verzögerungen kommen z. B. zustande, wenn Berichte nicht rechtzeitig eingehen und an deren Zusendung erinnert werden muss.

- SE Herr Donath verweist auf Seite 285.

Gremium: Rat  
Sitzungsdatum: 29.07.2003  
Vorlagennummer: 0920/003 und 1005/003

**Betreff: Reduzierung der Energieverbrauchsmenge bei von der Stadt genutzten Gebäuden infolge einer Geschäftsprozessoptimierung bei der Gebäudewirtschaft**

Dort werde erwähnt, in einer Kindertagesstätte sei die elektrische Heizung korrekt eingestellt worden. Ihn verwundere, dass es immer noch Einrichtungen bei der Stadt Köln gebe, die elektrisch beheizt werden. Er möchte wissen, ob dies bei anderen Kindertagesstätten auch noch der Fall sei.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**19.6 Neubau eines Schauhauses in der Flora  
0031/2009**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**19.7 Schweinepestausbruch der Wildschweine in Rösrath und die Auswirkungen für die Stadt Köln  
0391/2009**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**20 Mündliche Anfragen**

**20.1 Nachtflug im Jahr 2008  
Mündliche Anfrage von RM Herrn Dr. Paul**

RM Herr Dr. Paul bittet um einen Sachstand über die Entwicklung des Nachtfluges in Köln im Jahr 2008. Er möchte insbesondere wissen, welche Routen bevorzugt angefliegen worden sind.

**20.2 Inbetriebnahme des Brunnens im Klettenbergpark  
Mündliche Anfrage von RM Herrn Dr. Fladerer**

RM Herr Dr. Fladerer fragt, wann mit der Inbetriebnahme des Brunnens im Klettenbergpark gerechnet werden könne.

Herr Muck antwortet, dass sich der Vermögensbetreuer, der gleichzeitig Vorstandsmitglied der Stiftung "Kölner Grün" sei, mit ihm in Verbindung gesetzt habe. Es könne daher gut möglich sein, dass der Brunnen im Frühjahr in Betrieb genommen werde.

**20.3 Leuchtenkonzept für die Stadt Köln  
Mündliche Anfrage von RM Herrn Brust**

RM Herr Brust verweist auf ein Leuchtenkonzept für die Stadt Köln, über das zurzeit im Stadtentwicklungsausschuss – allerdings nur unter ästhetischen Gesichtspunkten – beraten werde. Es beinhalte aber auch Umwelt- bzw. Klimaaspekte, weil sehr viel Strom verbraucht werde.

Er verweist auf einen Artikel in der Kölnischen Rundschau vom 27.01.2009, der darüber informiert habe, dass Leuchtdioden auch für die Straßenbeleuchtung einsetzbar seien. Er regt an, über einen Umstieg auf Leuchtdiodentechnik in den nächsten Jahren nachzudenken und dieses Leuchtenkonzept auch unter Umweltgesichtspunkten zu überarbeiten und im Ausschuss vorzustellen.

Herr Liebmann äußert, dass die Umstellung auf Leuchtdioden grundsätzlich im Rahmen des Klimaschutzprogramms ein Teilaspekt sei. Insbesondere, was die Straßenbeleuchtung angehe, sei die Verwaltung bereits in einer Umstrukturierungsphase.

RM Herr Brust gibt zu Bedenken, dass in dem jetzt im Stadtentwicklungsausschuss diskutierten Leuchtenkonzept keine Leuchtdioden vorgesehen seien und es daher bereits veraltet sei.

Frau Bredehorst erklärt, sie habe den Klimaschutzaspekt, aber auch den Barrierefreiheitsaspekt zum Anlass genommen, zu prüfen, inwieweit diese Aspekte berücksichtigt worden sind. Ihr Dezernat werde sie in der Erörterung zum Leuchtenkonzept ansprechen.

Anschließend überträgt Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher die Leitung der Sitzung an RM Frau Dr. Müller.

gez. Götz Bacher  
(Ausschussvorsitzender)

gez. Barbara Bültge  
(Schriftführerin Ausschuss  
Umwelt, Gesundheit und Grün  
Teil Umwelt und Grün)